

2023
August

foraus

Forum Aussenpolitik
Forum de politique étrangère
Forum di politica estera
Swiss Forum on Foreign Policy



Aussenpolitik- Briefing

Migration

Kaan Bayir & Elodie Gerber

Autor:innen

Kaan Bayir

Kaan absolviert derzeit seinen interdisziplinären Master am Geneva Graduate Institute in Internationalen- und Entwicklungsstudien mit Spezialisierung auf Migration. Während und nach seinem Bachelorstudium in Politikwissenschaft und Volkswirtschaft an der Universität Zürich sammelte er wertvolle Berufserfahrung in verschiedenen Branchen, darunter bei der Schweizer Botschaft in Aserbaidschan, bei der Credit Suisse und beim Think Tank Avenir Suisse. Darüber hinaus fungierte er als Mitglied des Migrationsrates in Winterthur.

Elodie Gerber

Diplômée d'un master en sciences politiques, Elodie Gerber est passionnée par la thématique de la migration et plus spécifiquement par les questions relatives à l'asile. Ayant une expérience au DFAE, ainsi que dans plusieurs ONG en Suisse et à l'étranger, elle travaille actuellement pour l'État de Genève en tant qu'intervenante en protection de l'adulte. Elle est également membre du comité d'Appartenance Genève, association pour la santé psychique des personnes migrantes.

Migration¹

Kaan Bayir & Elodie Gerber

Executive Summary

- Die Schweiz wird ihr Engagement mit der Frontex nach der Annahme des Referendums im Mai 2022 intensivieren.
- Wichtige Diskussionspunkte wie die Umverteilung der Flüchtlinge und die potenzielle Umwandlung des S-Schutzstatus in den Aufenthaltsstatus B stehen an.
- Der Fachkräftemangel in Schweiz spitzt sich weiter zu, wobei zudem das Risiko besteht, dass die Attraktivität des Arbeitsstandorts Schweiz weiter sinkt.

¹ Diese Publikation ist Teil der Serie "Aussenpolitik-Briefings" von foraus, welche im August 2023 erschienen ist. Alle Briefings sind einsehbar unter foraus.ch/publikationen.

Rückblick

Während der letzten Legislaturperiode hat die Schweiz ihre Teilnahme am Gemeinsamen Europäischen Asylsystem beibehalten. Nachdem die Schweiz im Mai 2022 dem [Ausbau von Frontex](#) zugestimmt hat, liegt der Fokus nun auf der Umsetzung dieser Entscheidung. In Zukunft werden 10'000 europäische Spezialist:innen als permanente Reserve als Fachkräfte bereitstehen. Zusätzlich werden 40 Grundrechtsbeobachter:innen eingestellt, von denen zwei aus der Schweiz stammen. Der Bundesrat argumentiert, dass die Schweiz mit dieser Erweiterung eine aktivere Rolle im Frontex-Verwaltungsrat einnehmen und sich für die Einhaltung der Grundrechte einsetzen möchte. Der Einfluss der Schweiz wird mit der Entsendung von zwei Personen begrenzt sein. Diese sind dennoch unerlässlich, um im Verwaltungsrat glaubhaft Einfluss zu nehmen.

Als assoziiertes Land hat die Schweiz nur in Bezug auf ihre Aussengrenzen, ihr Personal und ihre Ressourcen ein Stimmrecht.

Im Jahr 2022 wurden in der Schweiz insgesamt 24'511 Asylanträge bewilligt und 74'959 Personen erhielten den S-Schutzstatus, der zum ersten Mal aufgrund des Konflikts in der Ukraine eingeführt wurde. Diese aussergewöhnlich hohe Zahl führte zu erheblichen logistischen Problemen, insbesondere aufgrund der unzureichenden Anzahl an Aufnahmeplätzen in den Bundeszentren. Die Asylverfahren wurden stark verzögert, was zu grosser Unzufriedenheit in den Kantonen führte, die eine hohe Anzahl von Personen im Rahmen erweiterter Verfahren aufnehmen mussten. Im Frühjahr 2023 beantragte der Bundesrat beim Parlament einen Kredit von 132,9 Millionen CHF für den Bau neuer Aufnahmemöglichkeiten. Der beantragte Kredit wurde jedoch vom [Ständerat abgelehnt](#). Die Frage nach der Unterbringung und der Finanzierung des Asylsystems wird in der nächsten Legislaturperiode eine zentrale Rolle spielen.

Parallel hat sich der Fachkräftemangel in der Schweiz in den letzten Jahren weiter verschärft. Selbst wenn das vorhandene Potenzial an einheimischen Arbeitskräften genutzt wird, bleibt die Schweizer Wirtschaft auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen.

Ausblick

Die angedachte Reform des Asylsystems im Rahmen des Europäischen Migrationspakts wird voraussichtlich zu Beginn der neuen Legislaturperiode zu einer wichtigen Angelegenheit für das Parlament werden. Die Herausforderung des Dublin-Systems sind seit langem bekannt. Die jüngsten Bedenken der Schweizer Regierung beziehen sich auf Italiens Weigerung, Personen aufzunehmen, die ursprünglich durch die italienischen Behörden registriert wurden. Deutschland und Österreich werfen der Schweiz ihrerseits vor, Transitmigrant:innen nicht zu erfassen. Kritische Stimmen haben sich auch gegen Rückführungen nach „Dublin-Kroatien“ ausgesprochen, da die Rechte der Migrant:innen dort insbesondere in den Grenzgebieten nicht ausreichend gewährleistet sind.

Laut Vorschlag im Europäischen Pakt sollen die Migrierenden nach Quoten auf die verschiedenen europäischen Länder verteilt werden. Staaten, die sich weigern, Migrierende aufzunehmen, sollen stattdessen Ausgleichszahlungen leisten.

Der für Ukrainer:innen eingeführte S-Schutzstatus soll eigentlich nur vorübergehenden Schutz gewähren. Er kann jedoch nach fünf Jahren automatisch in einen Aufenthaltsbewilligung B umgewandelt werden und müsste somit nicht jährlich erneuert werden. Die Aufenthaltsbewilligung B von Migrantinnen und Migranten mit ehemaligem S-Schutzstatus ist so lange gültig, bis der Bundesrat den Schutz widerruft. Die Unsicherheit des Entzugs der Bewilligung würde somit bestehen bleiben. In der neuen Legislaturperiode könnte die Umwandlung des Aufenthaltsstatus zu einem Politikum werden.

Nebst den Asylthemen steht die Schweiz im Bereich der Migration vor weiteren wichtigen Herausforderungen. Der anhaltende Fachkräftemangel in der Schweiz ist ein fortwährender Zankapfel. Laut dem [Fachkräftemangel-Index](#) der Universität Zürich und Adecco hat der Fachkräftemangel besonders im Gesundheitswesen, in der IT-Branche und in traditionellen Handwerksberufen im Baugewerbe einen Rekordwert erreicht. Diesem kann mit Hilfe von zwei Instrumenten entgegengewirkt werden. Zum einen kann das bestehende Potenzial inländischer Arbeitskräfte genutzt werden. Zum anderen kann der Bedarf des Arbeitsmarktes durch Fachkräfte

aus Drittländern ausserhalb der EU gedeckt werden. Gemäss dem Bericht des Bundesrates vom März 2022 in Erfüllung des [Postulats 19.3651](#) wird die Schweiz Anpassungen im quantitativen und qualitativen Bereich der Zulassungsvoraussetzungen vornehmen, um Verbesserungen im Bewilligungsprozess zu erzielen. Der Bundesrat hat hauptsächlich einige Kontingente geringfügig erhöht und Qualitätsanforderungen in bestimmten Branchen marginal gesenkt. Sollte sich der Fachkräftemangel weiterhin bewähren, könnte das Parlament aufgefordert sein, diesem nochmals, unter der Berücksichtigung des Inländervorrangs, entgegenzuwirken. Im Juni 2023 hat die SVP die „Nachhaltigkeitsinitiative“ lanciert und mit der Unterschriftensammlung begonnen. Ziel und Zweck der Initiative ist, das Bevölkerungswachstum der Schweiz zu begrenzen. Sollte die Unterschriftensammlung erfolgreich sein und die Initiative von der Schweizer Bevölkerung angenommen werden, könnte dies negative Auswirkungen auf die Mobilität der ausländischen Arbeitnehmer:innen und die Fähigkeit der Schweiz haben, ausländische Arbeitskräfte anzuziehen.

Further readings

- Der Bundesrat (04.03.2022). Für eine Zuwanderungsregelung, die den Bedürfnissen der Schweiz entspricht. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 19.3651, Nantermod vom 19. Juni.2019. Bern. <https://www.parlament.ch/centers/eparl/curia/2019/20193651/Bericht%20BR%20D.pdf>
- Frontex. (14.02.2021). Grundrechtstrategie. Warschau. https://frontex.europa.eu/assets/Key_Documents/Fundamental_Rights_Strategy/3_Fundamental_Rights_Strategy_DE.pdf
- Andrina Frey (Mai 2023). Migration in Zeiten des technologischen und ökologischen Wandels. In Anna Stünzi et al. (Hsg.), Hinausschauen: 26 globale Entwicklungen und die Schweiz (S. 91-94). Zürich: NZZ Libro. [https://foraus.ch/publications/hinausschauen-26-globale-entwicklungen-und-die-schweiz/.](https://foraus.ch/publications/hinausschauen-26-globale-entwicklungen-und-die-schweiz/)

Zitierweise

Cotton, A. (Hg.), Dalbert, F. (Hg.), Eichenauer, V. (Hg.), Farman, D. (Hg.), Jönsson, O. (Hg.), Bayir, K., Gerber, E. (2023). Aussenpolitik-Briefings. Bern: foraus - Forum Aussenpolitik.

Disclaimer

Das vorliegende Diskussionspapier gibt die persönliche Meinung der Autor:innen wieder und entspricht nicht zwingend derjenigen des Vereins foraus.

Über foraus - Forum Aussenpolitik

foraus ist der partizipative Schweizer Think Tank zur Aussenpolitik. Als dynamische Grassroots-Community junger Menschen prägen wir die Aussenpolitik, beeinflussen die Art und Weise, wie Aussenpolitik gemacht wird, fördern neue Stimmen und verschaffen ihnen Gehör – innerhalb der Schweiz wie auch international. Wir stehen für evidenzbasierte und qualitativ hochwertige Inhalte mit konstruktiven politischen Handlungsempfehlungen und organisieren Veranstaltungen, die zum Denken anregen. Zudem entwickeln wir innovative Tools für mehr Engagement und Wirkung, mit dem Ziel, globale Herausforderungen anzugehen.

www.foraus.ch

Bern | foraus – Forum Aussenpolitik | Marktgasse 36 | 3011 Bern
office@foraus.ch | +41 44 501 68 65

Genève | foraus – Forum de politique étrangère | c/o Impact Hub, Rue de Fendt 1 | 1201
Genève | bureau_romandie@foraus.ch | +41 22 559 96 96

IBAN: CH06 0900 0000 6017 6892 9

Was sind die grossen aussenpolitischen Herausforderungen der Schweiz, über die unsere Politiker:innen, Entscheidungsträger:innen und relevanten Akteur:innen informiert sein müssen, damit sie in den nächsten vier Jahren die nötigen Entscheide treffen können? 23 foraus-Expert:innen gehen in 14 prägnanten Publikationen dieser Frage nach und untersuchen einerseits, wie das Schweizer Parlament die Aussenpolitik der letzten vier Jahre mitgestaltet hat. Andererseits blicken sie auf anstehende Herausforderungen der Legislatur 2024-2027. Die vorliegende Publikation gehört zu einer 14-teiligen Publikationsreihe.

Die weiteren 13 Briefings
sind hier einsehbar:

